

# Linke in der Partei ‚Die Linke.‘ – Status und Perspektive

Von Frank Braun

Es war im Jahr 2007, als es mit der Diskussion um die Fusion von WASG und PDS in linken Zusammenhängen einigermaßen hoch her ging und ein Genosse sein Engagement in der dann neu entstehenden Partei ‚Die Linke.‘ (PDL) fast schon resignierend mit der Bemerkung ankündigte: „Sonst läuft ja nichts!“

Mit „Sonst“ war die noch immer weiter auswachsende Schwäche revolutionärer Politik- und Organisationsansätze vor allem seit dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus Ende der 1980er Jahre gemeint. Es sei dann nur noch linke Politik möglich, wenn in der PDL überwintert würde.

Aus diesem ‚Überwintern‘ ist für einige dann bald eine strategische Option geworden, die inzwischen längst die rein pragmatische, bloß taktische Festlegung von 2007 abgelöst hat. Für solche GenossInnen, die außer bahnbrechenden Wahlerfolgen für die PDL eigentlich sonst nichts mehr vermissen, sind die folgenden Überlegungen hier sicher nicht von Bedeutung.

Der zitierte Genosse bekleidet heute ein hohes Parteiamt in der PDL und hatte seinerzeit mit seiner pessimistischen Einschätzung der nicht-reformistischen Szene ausgesprochen, was viele dachten. Seine Schlussfolgerung allerdings, wie die seiner GenossInnen dann in der PDL, war mangelhaft, zu kurz gegriffen, auch weil die eigenen Möglichkeiten in und mit der PDL deutlich überschätzt wurden.

Die Linken in der WASG hatten gerade eine Serie von herben Niederlagen gegen die gelernten sozialdemokratischen Machtpolitiker um Ernst, Händel, Troost & Co. zu verarbeiten und die Kräfteverhältnisse nach der Fusion mit der biederen PDS versprochen in der Folge nicht günstiger zu werden.

Auch konnte 2007 von einem Erfolg versprechenden Scharnier-Konzept für eine radikale Linke, die innerhalb wie vor allem außerhalb der neu entstehenden PDL politisch an Gewicht und Organisationskraft gewinnen müsste, nicht die Rede sein.<sup>1</sup>

Zudem wurden die Erwartungen an einen breiter entwickelten sozialen Widerstand aus den Reihen der ArbeiterInnenklasse und der Gewerkschaften im Vorfeld und während der Finanz- und all der anderen Krisen enttäuscht. Keineswegs suchten bewegte Massen nach praktischer Führung durch die PDL, eher im Gegenteil. Dort, wo sich diese Partei nur im parlamentarischen Raum bewegt (Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern u.a.m.), wurde sie auch in punkto Wählerstimmen deutlich schwächer und büßte damit auch gesellschaftliches Gewicht ein.

Es entstand so über die letzten Jahre im Resultat ein Strudel, in den auch diejenigen hineingerieten, die mit dem Projekt ‚Die Linke.‘ eigentlich guten Willens aus der Sackgasse nicht entwickelter sozialer Bewegung und erfolgloser eigener Organisationsansätze herausfinden wollten.

Stattdessen aber bewegen sie sich selbst erst einmal. Und zwar hin zu den vielen vor allem parteiinternen Sitzungen. Sie beschäftigen sich mit Radwege- und Autobahnnetzen, bürgerlicher Bildungsökonomie und Steuerhebungssätzen, mit Bilanzlehre, mit Tagesordnungen von Ausschusssitzungen auf den unterschiedlichen Ebenen bürgerlichen Parlamentarismus und zugleich - sicher im Resultat ebenso intensiv - mit zeitaufwendigem Antichambrieren und allerlei taktischen Ränkespielchen für die Eroberung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten gegen konkurrierende PDL-Strömungen.

---

<sup>1</sup> Zunächst schien es, als wolle die ‚Antikapitalistische Linke‘ (AKL) jene Scharnierfunktion wahrnehmen. Heute ist diese Strömung kaum noch zu vernehmen, weil führende Mitglieder, u.a. der isl und der KPF, eine Orientierung auf ein Bündnis der antikapitalistischen Linken innerhalb und außerhalb der PDL vermieden, wohl aus Angst, als Spalter gescholten zu werden. Vgl. dazu den Aufruf „Für eine antikapitalistische Politik und Praxis in und mit der neuen Partei DIE LINKE“ vom 20.09.07, dort kann die später, in der Praxis, ohne weiteren Kommentar fallengelassene Urfassung bestaunt werden.

Manche von ihnen – nicht wenige ! - finden das auch ganz erquicklich, weil sie damit, wenn auch sonst nicht viel mehr, ihre Reproduktion regeln können. Es verleiht der eigenen Existenz eine gewisse Ordnung, wenn man weiß, wo die Brotkörbe hängen ...

Wie steht es also heute um die Antikapitalisten in der PDL, neben der mehr oder minder intensiv betriebenen Reproduktionssicherung einzelner ? Was ist der reale Gebrauchswert ihrer Mühen für die gesamte antikapitalistische Linke ?

### **Der entscheidende Mangel oder ‚Wer treibt wen ?‘**

Der entscheidende Mangel, den jene GenossInnen, die in die PDL eingetaucht sind <sup>2</sup>, von Anfang an nicht sahen, war jener, dass sie sich damit ganz praktisch eine strategische Orientierung eingekauft haben, die zumindest die meisten von Ihnen wohl in der Konsequenz gar nicht wollten. Bewußt oder unbewußt haben sie nämlich der deutschen politischen Linken mit ihrem entristischen Politikstil vorgeschlagen, sich mit Sozialdemokraten zusammen in einer Patei zu versammeln. Sie, d.h. jene Segmente der radikalen Linken, die sich für diesen Entrismus entschieden, wollten und wollen dabei noch immer glauben machen, ohne eigenes politisch-ideologisches Zentrum, ohne eigenes antikapitalistisches Programm, eigene, öffentlich beworbene und erläuterte Strategie und Taktik, kann deren Engagement via Wirkkraft der PDL antikapitalistische Massenwirksamkeit gewinnen ! Wohlgedenkt, es ist hier nicht zu entscheiden, ob in dieser speziellen Einheitsfront PDL gearbeitet werden soll. Hier wird darüber geschrieben, was für Sozialisten oder Kommunisten, für antikapitalistische Linke eben, die einen Systemwechsel wollen, als unabdingbar Eigenständigem Geltung haben und organisiert werden muss, damit nicht all ihr Tun von sozialdemokratischen Weichspülgängen neutralisiert wird. An welchen gesellschaftlichen Fixpunkten diese Eigenständigkeit praktisch in Bündnispolitik umgesetzt wird, ist dann eine ganz andere, eben taktische Frage.

Über das ‚Eigene‘ wird weiter unten noch zu sprechen sein. Zunächst zu einigen ideologischen Aspekten des Problems.

In einer Frühschrift formuliert der bekennende Kommunist, Historiker und Zukunftsforscher Karl Marx bereits 1859 <sup>3</sup>:

*„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen.“*

Gewiss unterscheiden sich die Produktionsverhältnisse von damals zu heute, die Produktivkräfte sind in ihrer Entwicklung geradezu explodiert. Geblieben ist jedoch der Umstand, dass wir inzwischen rund um den Erdball in Waren produzierenden Gesellschaften leben, die wir uns alle miteinander nicht ausgesucht haben. Immer mehr Aspekte unseres Alltagslebens werden von der Warenförmigkeit der Verhältnisse geprägt – eben im Großen von unserem Willen unabhängig.

Es besteht aber die dringende Notwendigkeit, im Gegensatz dazu eben bewusst und willentlich, für ganz andere Produktionsverhältnisse zu sorgen, um die Alternativen ‚Sozialismus oder Barbarei?‘ optimistisch und positiv beantworten zu können. Das mit ‚bewusst und willentlich‘ unterscheidet Marxisten von Sozialdemokraten und allen anderen

---

<sup>2</sup> Das sind: eine Anzahl von Mitgliedern der DKP, das sind Mitglieder der Kommunistischen Plattform (KPF), aus dem Marxistischen Forum (Sachsen, Brandenburg, Berlin), die offiziell aufgelöste Gruppe ‚Linksruck‘ (die sich dann als online-Angebot unter ‚marx21.de‘ neu konstituierte), die SAV, die ist sowie eine größere Anzahl anderer antikapitalistischen Gruppen mit lokalem oder regionalem Wirkungskreis unterschiedlichster politischer Strömung und natürlich eine größere Anzahl von EinzelkämpferInnen.

<sup>3</sup> Karl Marx, 1859, im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, MEW Bd.13, S. 8

bürgerlichen Strömungen. Auf allen Ebenen ist viel mehr Planmäßiges und Aktivierendes als Warenförmiges und Passivierendes zu entwickeln oder zu bestärken – in jeder Hinsicht !

Wer für eine Alternative zum Kapitalismus streiten will, kann der Krisenhaftigkeit der herrschenden Produktionsverhältnisse zum Beispiel nicht mit einem Forderungskatalog der Fortschreibung von ‚Sozialstaat‘ der 1970er Jahre oder Ähnlichem begegnen. Das geht schon praktisch nicht, weil neo-keynesianische oder gar fordistische Kapitalismus-Modelle von den dominanten Fraktionen des Finanz- und Bankenkapitals nur noch bei Strafe ihres Untergangs akzeptiert und global gar nicht mehr gewünscht sind und weil auch die dabei zu erzielenden Profitraten längst nicht mehr deren aktuellen Anforderungen entsprechen. Das geht aber auch strategisch nicht in und mit einer Partei, die weder programmatisch noch in ihrer aktuellen politischen Praxis eine den Kapitalismus bekämpfende Partei ist. Wer einseitig auf die Karte PDL setzt und zu wenig oder sogar überhaupt nicht für antikapitalistische Organisations- und Operationsformen sowie für ein möglichst einheitliches Vorgehen marxistischer Bewegung <sup>4</sup> sorgt, macht entscheidende Fehler.

Beispielhaft für viele Linke in der PDL schreibt Angela Klein, eine führende Genossin der isl, nach den Landtagswahlen vom 30.08.09 analysierend:

*„Die Wahl im Saarland hat gezeigt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit Massen mobilisiert, wenn es glaubhaft vorgetragen wird. Man muss aber auch anerkennen, dass sich Glaubwürdigkeit für die Masse der Wähler immer noch verbindet mit politischen Zuständen aus der vergangenen Bundesrepublik – d.h. mit einem sozialstaatlichen Kapitalismus, der Wohlstand und soziale Sicherheit kennt. Die Suche nach Alternativen reicht derzeit noch nicht über verschiedene Varianten des Kapitalismus hinaus – obwohl dieser sich stark diskreditiert hat und Kapitalismusschelte heute wieder "in" ist. Das ist ein Widerspruch im Bewusstsein der WählerInnen, an dem die Linke in der LINKEN ansetzen muss.“<sup>5</sup>*

Hoppla, da fehlt etwas! Es kann ja nicht nur von einem „Widerspruch im Bewusstsein der WählerInnen“ gesprochen werden, wie A. Klein schrieb. Da ist natürlich auch einer, den z.B. jene wackeren Sozialisten der isl oder der SAV bzw. Kommunisten der KPF oder auch andere auszuhalten haben, die sich der ‚Linken in der LINKEN‘ zugehörig fühlen, aber sich ansonsten gar nicht als Sozialisten oder Kommunisten betätigen.

Aber mit wem beraten sich also diese Sozialisten, wenn es um gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus oder gar jenseits Waren produzierender Gesellschaften geht ? Mit erfahrenen Revolutionären wie Lothar Bisky oder Oskar Lafontaine ?

Mit wem beraten sie sich, wenn es gilt, in den aktuellen Auseinandersetzungen wie zum Beispiel um die Demonstration des Sozialprotests am 28.03.2009 die weich waschenden Interventionen der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsspitzen zurückzuweisen, um die Radikalität und Vielfältigkeit des Protests zu erhalten ? Mit souveränen Förderern einer aufmüpfigen Gewerkschaftsbasis wie Michael Schlecht, Klaus Ernst oder Werner Dreibus ?

Oder, um über den bundesdeutschen Tellerrand hinauszublicken, mit wem beraten sie sich, wenn es um antiimperialistische Solidarität z.B. mit den Palästinensern geht und die ‚linke‘ Pro-Israel-Staatsräson in Frage zu stellen und zu attackieren ist ? Mit deren Erfindern in Gestalt von Gregor Gysi, Klaus Lederer, Stefan Liebich und Petra Pau ?

Mit wem beraten sie sich und wie wird dann das Ergebnis in antikapitalistisches Tun umgesetzt ? Und wo findet diese Beratung statt ? Und müssen die Ergebnisse nicht vorher

---

<sup>4</sup> Dabei kann es natürlich – heute, nach den Erfahrungen von 1989 erst recht ! – nicht ausreichen, die eigene Kleinstgruppennische mit eigener gewollt ungetrübter Kanonisierung in eine sich selbst qua Existenz rechtfertigende Stellung bringen zu wollen. Diese tollen Avantgarden, von der DKP bis hin zu diversen Kleinstgruppen, stehen meines Erachtens alle faktisch zur Disposition oder existieren meist sowieso nur als Label.

<sup>5</sup> Vgl. Angela Klein: „Betrachtungen zum Ausgang der Landtagswahlen“ unter [www.islinke.de](http://www.islinke.de), website der internationalen sozialistischen Linke (isl).

daraufhin geprüft werden, ob nicht irgendein Gysi oder Lafontaine sich darob verprellt fühlte und beleidigt mit Rückzug droht ?

Oder ist alles ein ausgewachsener Irrtum des Autors, der nicht bemerkt hat, dass sich eine revolutionäre Peer-group in der PDL bereits gebildet hat, aber nur noch nicht so richtig zu erkennen ist ? Dann bitte ich sachkundigere LeserInnen dieser Zeilen heftigst, mir auf die Sprünge zu helfen...

Bis dahin wage ich die Behauptung, dass die weiter oben mit „Sonst-läuft-ja-nichts“ zitierte Haltung der Linken in der PDL der antikapitalistischen Linken insgesamt sehr geschadet hat und leider weiter schadet. Nicht weil sie in der PDL arbeiten, sondern weil sie nur dies tun und Anderes lassen.

Was die oben gestellte Frage ‚Wer treibt wen ?‘ anbelangt, sieht es nach den aufgezählten Aspekten eher so aus, als sei der Niedergang der revolutionären Linken durch die Art des Einsatzes von vielleicht einigen Hundert antikapitalistischer Linker in der PDL keineswegs gestoppt, sondern eher vorangetrieben.

Wenn einer einen Nagel ins Holz treibt, sich dann aber auf den Finger drischt, dann mag das den Nagel vorantreiben, was aber wird aus dem Finger ?

### **Ein Jammer, diese passive Mitgliedschaft!**

Ganz ohne Häme. Als sich an meinem Wohnort Köln der Kreisverband der PDL mit seinerzeit etwa 900 Mitgliedern im Juli 2009 aufmachte, den Bundestagswahlkampf einzuleiten, zeigte sich im Ergebnis, dass nur wenige Dutzend Aktivisten bereit waren, auch tatsächlich stetig Einsatz zu zeigen. Unter diesen Aktivisten waren es vor allem die zwei Dutzend aus der SAV und ein Paar Versprengte der örtlichen isl-Reste, die für die Partei einen Straßenwahlkampf versuchten.

Ein erbärmliches Ergebnis für die PDL. Ein erbärmliches Gefühl sicher auch für diese Linke in der PDL speziell der SAV. Denn in jenen Tagen hatte das Karl-Liebkecht-Amt deren SprecherInnen neben anderen den Eintritt in die PDL verweigert <sup>6</sup> und jetzt standen die tapferen Kölner SAV-Linken plötzlich da und bildeten den wesentlichen Aktivistenkern des Bundestagswahlkampfes, halfen der sozialdemokratisch orientierten Mehrheit im Vorstand des Kreisverbandes, die Kohlen aus dem Feuer zu holen und einen gewissen Matthias Birkwald, eben einen ausgesprochen rechten Realo-PDL'er, in den Bundestag zu bringen ! Klasse Taktik, Gratulation !

Ein anderes Beispiel. Auf der Konferenz des Bündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ im Sommer 2009 in Kassel beschrieb in einem workshop zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand in Krisenzeiten ein VW-Beschäftigter und Vertrauensmann der IG-Metall die großen Probleme bei der Mobilisierung seiner Kollegen und beklagte sich zugleich darüber, dass seine Partei, die PDL, zu den betrieblichen und gewerkschaftlichen Konfliktlinien quasi nichts zu sagen habe und in diesem Bereich praktisch auch nichts versuche !

Ein drittes Beispiel. Auf einer der ganz wenigen Konferenzen der ‚Antikapitalistischen Linken‘ (AKL) in der PDL im März 2008 ließ sich in einer Arbeitsgruppe ein PDL'er aus Berlin in seiner Eigenschaft als Personalrat und ver.di-Mitglied recht drastisch mit hartem Berlin-Neuköllner Slang ein. Die Möglichkeiten unter seinen KollegInnen neue Parteimitglieder zu werben seien sehr beschränkt. „Die hauen mir eher uff's Maul, als det se da mitmachen...“, äußerte er und füge hinzu, er müsse sich daher auf Gewerkschaftsarbeit beschränken. Gemeint waren die tollen Ergebnisse rot-roter Zusammenarbeit im Berliner Senat.

---

<sup>6</sup> Sind sie inzwischen ordentliche Mitglieder geworden , weil sie hochheilig versprochen hatten, in Zukunft artig zu sein ? Haben sie abgeschworen ? Werden Sie ff. zur Wahl der PDL in Berlin und den anderen neuen Ländern aufrufen statt gegen diese zu kandidieren ? Oder hoffen Sie auf eine rechtzeitige politische Klärung der Machtverhältnisse in der PDL zu ihrem Gunsten bis dahin ? Jedenfalls kann der Autor diese Art Hampel-Avantgarde als solche nicht so recht ernst nehmen...

Beispiele dieser Art gibt es etliche. Die Sozialdemokraten in der PDL tun eben viel für die Formierung der Gesamtpartei nach ihren ideologischen Vorgaben<sup>7</sup>. Ist also die Art, wie in und mit der PDL Politik gemacht wird geeignet, Mitgliedschaft zu aktivieren?

Seit Gründung bemühen sich die Linken in der PDL heftig um eine Dynamisierung ihrer Organisation. Stellvertretend für viele Bemühungen seien hier die regelmäßig ausgestreuten Brandreden von Thies Gleiss (PDL, isl und IL, Köln) erwähnt. Der Genosse lässt in seinen Kolportagen rein auf der Erscheinungsebene keine Mobilisierungs-, Organisations- und Aktivierungsschwäche seiner Partei aus – seit knapp drei Jahren publiziert er fleißig in diese Richtung<sup>8</sup>.

Es darf unterstellt werden, dass sich auch Thies Gleiss zu Zeiten schwach entwickelter sozialer Bewegung keine Illusionen über die Möglichkeit einer revolutionären Massenpartei machen dürfte. Aber die nachgerade Wirkungslosigkeit seiner speziellen Interventionen ins Innere der PDL, dürften ihm und seinen Vertrauten schon zu denken geben.

Sicher wissen wenigstens Teile dieser Linken in der PDL, dass es einen Zusammenhang zwischen Programmatik, Politik und Organisationsstruktur auf der einen und der Bereitschaft der Mitglieder zur aktiven Teilnahme auf der anderen Seite gibt. Aber die Programmatik ist ja von vornherein gar nicht geeignet, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen und zu fordern, wenn es dort heißt:

*„Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.“, heißt es in ‚Programmatische Eckpunkte‘“<sup>9</sup>*

Und um dem noch eins drauf zu setzen, wird an anderer Stelle im Text wohlfeil erläutert:  
*„Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht.“<sup>10</sup>*

Wenn die Theoretiker der PDL in den nächsten Wochen ihre Entwürfe für ein neues Parteiprogramm offenbaren, werden die eben zitierten ‚Kapitalismus-eindämmen‘-Parolen unter dem Sammelbegriff ‚Wirtschaftsdemokratie‘ programmatisch sicher an Bedeutung gewinnen. Man wird den Versuch einer fröhlichen Wiederauferstehung der Hilferdingschen Formel vom ‚organisiertem Kapitalismus‘<sup>11</sup> gegen die anarchischen und Krisen befördernden Volten des Finanz- und Bankenkaptals lancieren und alle möglichen Formen vermeintlich demokratischer Kontrolle der Wirtschaft aus der Mottenkiste des Reformismus herausholen und neu erfinden. Zum Thema Abschaffung des Kapitalismus wird man nicht viel hören.

Wenn allerdings dann im Ergebnis der praktischen Politik auch nur leiseste Zweifel daran bestehen, dass die Partei sich doch nicht grundlegend, im wahrsten Sinne des Wortes ‚ideologisch‘, von den anderen, bürgerlichen Parteien unterscheidet - auch wenn sie gegenwärtig noch, wie andere nicht, Hartz IV, Afghanistan usf. thematisiert -, wenn sie nicht selbst Gegenstand und Beförderer emanzipatorischen und parteilichen Denkens und Handelns und vor allem parteiliches Kollektiv der Benachteiligten und sozial unter die Räder der neoliberalen Deregulierung gekommenen Menschen ist, gibt es für sie keine

<sup>7</sup> Ich verweise hier auf die vielfältigen Beiträge zur PDL im online-Portal [www.scharf-links.de](http://www.scharf-links.de)

<sup>8</sup> Vgl. dazu beispielhaft „Ein bisschen radikaler werden – die Menschen erwarten dies von uns“ aus den Tagen nach der Bundestagswahl 2009, vgl. unter [www.sozialistische-kooperation.de](http://www.sozialistische-kooperation.de).

<sup>9</sup> Aus „Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE“ vom März 2007. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen ist dieses Dokument noch immer das maßgebende Parteiprogramm.

<sup>10</sup> ebenda

<sup>11</sup> Vgl. v.a. Rudolf Hilferding (SPD) ‚Das Finanzkapital‘ von 1909 aber auch die Schriften von F.Naphtali und Th. Leipart, beides sozialdemokratische Gewerkschaftsspitzen der 1920er und 1930er Jahre.

Erfolgschance. Diesen Zweifel aber gibt es und er erlebt mit jeder Regierungsbeteiligung in den Bundesländern eine Auffrischung.

Eine fatale Perspektive für die antikapitalistischen Linken in der PDL, denn diese Zweifel gibt es auch noch zurecht, wie vor allem vermittelt der Praxis der Berliner PDL-SenatorInnen erfahren werden kann. Die zitierte Klage des VW-Kollegen und PDL-Mitglied weiter oben ist keine zufällige, bloß subjektive Empfindung – das hat System.

Wo aber bleibt unter diesen Umständen die von den Linken behauptete antikapitalistische Wirkkraft der PDL ? Wo bleibt die Aktivierung der Mitglieder, statt allgemeiner parlamentarischer Orientierung ?

### **Absolut beschränkend: Bürgerliche Legalität - bürgerliche Demokratie**

Ähnlich wie weiter oben geschildert, haben die antikapitalistischen Linken in der PDL ein ähnliches Strudelproblem, wenn sie mit den Grenzen von bürgerlicher Legalität und bürgerlicher Demokratie konfrontiert sind.

Da wollen sie ihre innerparteilichen sozialdemokratischen Konkurrenten mit Forderungen nach radikaler Demokratie vor sich her treiben, geraten aber selbst ständig in die Rolle, sich rechtfertigen zu müssen.

Ein beredtes Beispiel zeigt sich in der Art, wie die PDL die von offizieller Seite eingeräumte Bespitzelung ihrer Mitglieder durch den Verfassungsschutz behandelt. Wie LöwInnen kämpfen da die Genossinnen und Genossen und es hagelt geradezu Geschoßsalven von Grundgesetzzitaten und grimmigen Kommentaren, in denen eine Ungesetzlichkeit des Vorgehens des Verfassungsschutzes behauptet wird. Ist es ein Ausnahmefall bürgerlicher Verfassungsrealität, wenn Schritt für Schritt klassischer bürgerlicher Liberalismus dem autoritären Staat geopfert wird ? Die Geschichte des Grundgesetzes hat bewiesen, dass es sich nicht um einen Ausnahmefall handelt.<sup>12</sup>

Wer oder was eine solche Ansicht vom Ausnahmefall befördert, macht es gerade den Linken in der PDL schwer. Bleibt die Widerspruchslage so bestehen, erscheinen letztere dann nur noch als Kümmerer und Zauderer und können unter den Bedingungen, da sich im bürgerlichen Parlament ohnehin nur vermeintlich konsequente mit konsequenteren Verteidigern des Grundgesetzes streiten, auch nicht eine Perspektive von radikaler Demokratie jenseits des bürgerlichen Kampfbegriffs der ‚freiheitlich-demokratischen-Grundordnung‘ bzw. des Grundgesetzes propagieren.

Dies praktisch umzusetzen ist illegal, politisch aber dringend erforderlich. Denn abgesehen davon, dass jedes kleinste Stückchen bürgerlich demokratischer Rechte gegen deren Abbau verteidigt und im Sinne des Ausspielens der Wirklichkeit gegen das Ideal behauptet werden muss, kann dieses Grundgesetz noch in seiner günstigsten Realität dem Freiheitsdurst bei der Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse überhaupt nicht genügen.

Denn in den Paragraphen des Grundgesetzes wird ja nur die Freiheit und Gleichheit der Warenproduzenten und –konsumenten feierlich garantiert. Was aber tun die, die an diesem Warenaustausch gar nicht mehr oder nur eingeschränkt teilnehmen, weil sie Produzenten oder Konsumenten entsprechend ihren Reproduktionsbedingungen teilweise oder ganz gar nicht mehr sein können ? Die bürgerliche Antwort lieferte u.a. die französische Revolution, die für jene den Terminus ‚Brüderlichkeit‘ propagierte. Das wäre dann der Brosamen-Sozialstaat, den es auch schon lange nicht mehr gibt. Sind wir mit dem Brosamen-Sozialstaat zufrieden, wollen wir den ?

---

<sup>12</sup> Die Verfassungsrealität ist immer Ausdruck des Klassenkampfverhältnisses. Sämtliche bourgeoisen Schwüre von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurden durch praktische Taten auf feinste Weise illustriert. Das FDJ-Verbot von 1952, das KPD-Verbot von 1956, die Notstandsgesetzgebung von 1968 bis heute zu den vielfältigen Versuchen, Bundeswehreinheiten im Inneren als Normalfall in Gesetzestext zu bringen. Diese Details zeigen, dass es ein Fehler wäre, sich dem Grundgesetz und seinen Institutionen einschließlich der parlamentarischen Ebene auszuliefern.

Karl Marx, nennt solche Art Sozialisten ‚albern‘, die behaupten, der Kapitalismus sei eine Verfälschung der Ideale der französischen Revolution und schließt dann:

*„Ihnen ist zu antworten, dass der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und dass, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, dass der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.“*<sup>13</sup>

Die ‚albernen‘ Sozialisten in unseren Gefilden sind jene, die sich z.B. angesichts der Debatten im Bundestag um Bankenrettungsprogramme lediglich damit zufrieden geben, die Zockermentalität der Banker zu geißeln, in dem sie wie Dieter Dehm (PDL) fordern: *„Kredite sollen (...) dem Allgemeinwohl dienen. Aber dazu muß das Finanzcasino radikal geschlossen werden.“*<sup>14</sup>

Diese eher sehr allgemeine Schlussfolgerung von Dehm bewirkte zwar das gewohnte Gegeifer der bürgerlichen PolitikerInnen, verkündet aber doch eigentlich nichts Neues, nichts anderes. Und bekanntermaßen bestand - und besteht ! - die Linie der PDL-Fraktion im Bundestag substantiell immer nur darin, das zitierte Dehmsche Credo zu wiederholen, nicht weil ihnen Dehm so wichtig ist, sondern weil ihnen dazu nichts anderes einfällt.

In diesen Debattentagen im Bundestag zum Thema Bankenkrise steigerte man sich fraktionsübergreifend in hitzige Rabulistik, so dass unvorsichtige Beobachter sogar zu der Meinung gelangen konnten, hier stritten sich tatsächlich Gegner unterschiedlicher Weltanschauung. Aber der Eindruck täuschte, denn am Ende war das berüchtigte Bankenrettungspaket mit Unterstützung der Berliner PDL geschnürt !

Aus den Reihen der antikapitalistischen Linken in der Fraktion der PDL hatte wohl unter diesen Bedingungen niemand ausreichend Raum oder Kraft oder Motivation, die Krise zum Anlaß zu nehmen, deren Konsequenzen als eigentlich ‚normal‘ und ‚legal‘ zu kolportieren – vor allem im Wechselspiel mit Aktionen auf der Straße.

Wenn es aber hier wie an anderen Stellen solche Mängel gab, wie steht es dann mit der eingangs angeführten Hoffnung antikapitalistischer Linker wegen der parlamentarischen Möglichkeiten der Agitation und Propaganda ex cathedra deswegen dort, auf dem Ticket der PDL wirken zu können ? Weil so Systemkritik und -alternativen unter die Leute gebracht werden ? Ist das so, wenn gleichzeitig die Anhänger sozialdemokratischer Staatsräson z.B. aus der PDL-Berlin in Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten das Märchen ‚systemrelevanter‘ Banken weiter verbreiten ?

Ein Beispiel unter vielen. Der Hinweis, mit dem Erscheinen der PDL würden endlich wieder soziale Themen gesellschaftlich wahrgenommen, entpuppt sich als ein apologetisches Konstrukt, welches nicht einlöst, was es an taktischen Vorteilen verspricht.

## **Eine Perspektive für die Linken in der PDL ?**

Zahlenmäßig ist die organisierte antikapitalistische Linke in der PDL deutlich eingebrochen und wohl auch ziemlich desillusioniert. Sie steht in der PDL deutlich schlechter da als seinerzeit in der WASG. Dabei kann nicht bestritten werden, dass deren Aktivität ein noch intensiveres Zutagetreten sozialdemokratischer Politikinhalt und –formen gehemmt, wiewohl keineswegs aufgehoben hat. Was aber hat die solcherart erfolgte Konzentration der Kräfte gekostet ?

Es hat ja bis heute nicht an Initiativen strömungsübergreifender Vernetzung linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen gemangelt. Ein Resultat dieser Bemühungen kann in Gestalt der ‚Interventionistischen Linken‘ (IL) betrachtet werden. Dieses Projekt ist nicht gerade in

---

<sup>13</sup> Karl Marx, 1859, „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, MEW Bd.13, S.160. Mit Verlaub, ich empfehle v.a. die Lektüre Seiten 152-162 und verspreche v.a. den Linken in der PDL heftige Anregungen, so sie danach suchen mögen.

<sup>14</sup> Vgl.: Das Parlament Nr. 50/51 vom 8./15. Dezember 2008

einem verlockenden Zustand aber immerhin seit zwei Jahren anwesend und bei ausgewählten Aktionen im bundesweitem Rahmen bei den erforderlichen Aufwänden der Mobilisierung zumeist hilfreich. Andere Initiativen, auch solche aus der marxistisch inspirierten Linken, wurden eingestellt, dümpeln vor sich hin oder sind (noch) nicht spruchreif weil nicht profiliert.<sup>15</sup>

Es hat auch innerhalb der PDL nicht an guten Vorsätzen für eine Vernetzung antikapitalistischer Linker gemangelt. Ihre wichtigste Gruppierung, die AKL, hat sich nicht nur nicht entwickeln können, sondern war zwischenzeitlich schon abgetaucht. Der Grund: Die KPF, die Mehrzahl der Intellektuellen des Marxistischen Forums, der Mitglieder der isl sowie der SAV haben sich im Resultat strategisch an die PDL gebunden – die Genannten investieren nur verschwindend wenig Energie an Schaffung und Beteiligung gesonderter Organisationsformen jenseits der engen Grenzen der PDL bzw. ihrer eigenen kleinen Nischen. Darin liegt die wesentliche Ursache für den schlechten Status z.B. der AKL. Das Projekt ‚PDL‘, was sie von links beleben wollte, schraubt sich im Resultat immer tiefer in die bundesdeutsche Parteienlandschaft – mit Rechtsgewinde !

Es wird in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, jenes Scharnier zwischen außerparlamentarischen Bewegungen und parlamentarischer Präsenz abzubilden, damit

- auf lokaler Ebene antikapitalistische AktivistInnenkerne stetig zueinander finden und einen realistischen Arbeitsplan mit praktischer Kontinuität entwickeln;
- bundesweit eine Vernetzung stattfindet, welche eine konsequenten Kapitalismuskritik und eine politischen Perspektive jenseits kapitalistischer Verhältnisse im Dialog berät;
- eine praktische Kampagnenfähigkeit generiert und erprobt werden kann.

Das muss kein Konkurrenzunternehmen zur PDL, das soll ein politisch-ideologisches Zentrum der antikapitalistischen Linken insgesamt werden. Freilich, die PDL muss überall dort attackiert werden, wo sie sich zum Beispiel in Regierungskoalitionen auf welcher Ebene auch immer an Sozialabbau, politischer Repression oder Kriegspolitik beteiligt ist – aktiv oder durch Stillhalten.

Um die Verhältnisse in der PDL in diesem Sinn zumindest nicht völlig abrutschen zu lassen, muss die AKL ihren Laden wieder aufmachen und sich vernehmlich einbringen, mindestens ihre Mitglieder müssen den Aufwand für das Studium bürgerlicher Finanzetats reduzieren und aufhören über Regierungskoalitionen nachzudenken.<sup>16</sup>

Es kann darüber hinaus sehr schnell eine Situation entstehen, die es für antikapitalistische Kräfte in der PDL erforderlich macht, diese Partei zu verlassen und mit anderen zusammen ein neues Projekt zu beginnen.

Lasst hundert Blumen blühen ! Lasst hundert Schulen miteinander wetteifern !  
Auf Augenhöhe, nicht als Trittbrettfahrer, sonst ist man nicht zu erkennen.

Frank Braun, Köln, 16.01.2010, Mitglied der SoKo  
Eure Meinung ist mir wichtig, schreibt an: frank.braun@netcologne.de

---

<sup>15</sup> Natürlich gehört das Personenbündnis ‚Sozialistische Kooperation‘ (SoKo) (vgl. [www.sozialistische-kooperation.de](http://www.sozialistische-kooperation.de)) nicht zu den ‚Dümplern‘. Sie, die SoKo, hat aber auch damit zu kämpfen, dass sich die Erkenntnis über die begrenzten Möglichkeiten der Arbeit in der PDL nur sehr zögerlich Bahn bricht.

<sup>16</sup> Gemeint sind hier einzelne Protagonisten der PDL in NRW, die es taktisch für besonders intelligent halten, über die bürgerliche Presse Hannelore Kraft und ihrer SPD alle vierzehn Tage mitzuteilen, dass man nach den Landtagswahlen im Mai 2010 durchaus mitregieren wolle. Damit entwertet man ganz offenkundig das eigene, recht gute radikaldemokratische Wahlprogramm. Denn auf ‚Spezialdemokraten‘ wie Frau Kraft dürfte solch ein Druckwerk eher wie ein rotes Tuch wirken.